

19. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1956

27/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Ferdinanda Flossmann, Preußler und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die angebliche Auflösung der zentralen Betriebsprüfungsstellen bei
den Finanzlandesdirektionen.

-.-.-.-

Derzeit bestehen zur Überprüfung der ordnungsmäßigen Veranlagung und
Steuerabfuhr bei den Finanzlandesdirektionen Betriebsprüfungsstellen. In die-
sen zentralen Betriebsprüfungsstellen werden alle Prüfungsfälle im Sinne einer
einheitlichen Geset⁹⁸sauslegung besprochen, es werden von älteren Prüfern die
jungen Beamten geschult und auch strittige Fragen mit den Steuerpflichtigen
bereinigt.

Wie die unterzeichneten Abgeordneten erfahren, sollen in nächster Zeit die
Prüfer auf die einzelnen Finanzämter aufgeteilt werden und dort gemeinsam mit
den Referenten die Kontrolltätigkeit ausüben. In der praktischen Auswirkung
würde diese Maßnahme ernste Folgen nach sich ziehen. Besonders die Einheitlich-
keit der Gesetzesanwendung würde dadurch schwer gefährdet. Erst durch die
Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes könnte eine einheitliche Rechts-
auffassung entstehen. Auch die Steuerhinterziehung wird durch das Fehlen eines
zentral gelenkten einsatzbereiten Prüfungsapparates begünstigt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister
für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus mitzuteilen, ob tat-
sächlich geplant ist, die Betriebsprüfungsstellen aufzulösen und, falls
diese Information zutrifft, dem Hohen Hause die Gründe für diese Maßnahme
bekanntzugeben?

-.-.-.-